

NR. 02 | 31.01.2014 |

Energiewende erfolgreich voranbringen

Eckpunktebeschluss ist gute Grundlage für die EEG-Novelle

Die vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkte für die Gestaltung der Energiewende hat die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, als gute Grundlage für die geplante EEG-Reform bezeichnet und eine kritische und enge Begleitung des Gesetzgebungsprozesses durch die Landesgruppe angekündigt.



Foto: picture alliance / ZB

Produzenten von Biomasse: Aus den Ausscheidungen dieser Bio-Ferkel lässt sich Energie gewinnen: Wärme, Strom und auch Kraftstoff.

„Es ist gut, dass das Kabinett nun erste Eckpunkte für die weitere Gestaltung der Energiewende beschlossen hat. Die Eckpunkte sind eine gute Grundlage für die geplante EEG-Novellierung. Das ist ein ordentlicher Schritt in die richtige Richtung. Für die CSU-Landesgruppe ist es entscheidend, dass wir die Energiekosten für die Menschen und Unternehmen in unserem Land begrenzen und eine sichere Energieversorgung erreichen. Wichtig ist daher, die Details genau zu prüfen. Es kommt mehr denn je darauf an, wie die einzelnen Regelungen gesetzlich konkret ausgestaltet werden. Die CSU-Landesgruppe wird den Gesetzgebungsprozess eng und kritisch begleiten.“

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Biomasse. Strom aus Sonne und Wind sind wetterabhängig. Energie aus Biomasse ist immer verfügbar und damit grundlastfähig. Energie

aus Biomasse ist für die CSU ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. Wir brauchen den Strom aus den Biogasanlagen.

Deshalb müssen wir darauf achten, dass die Förderung nicht zu stark begrenzt und weiterhin eine wirtschaftliche Nutzung dieser Technologie möglich ist. Außerdem muss durch eine Klarstellung des Anlagenbegriffs sichergestellt werden, dass Anlagen durch Erweiterungsinvestitionen nicht ihren bisherigen Vergütungsanspruch verlieren.

Beim Bau von Windrädern an Land ist es wichtig, dass sowohl die Menschen als auch die Landschaft so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Künftig sollen die Länder deshalb eigene Regeln über Mindestabstände von Windrädern zu Wohngebieten erlassen können. Eine entsprechende Länderöffnungsklausel ist im Koalitionsvertrag vorgesehen. Das muss jetzt zügig umgesetzt werden.“

„Wir brauchen Strom aus Biogasanlagen.“



Liebe Leserinnen und Leser !

In den Debatten in dieser Woche ist die Große Koalition als Team aufgetreten. Die Kanzlerin und alle Minister haben die Schwerpunkte in den kommenden vier Jahren erläutert und sich dabei eng am Koalitionsvertrag orientiert. Und die Koalitionsfraktionen im Bundestag haben klar gemacht: Was wir dort gemeinsam vereinbart haben, werden wir gemeinsam umsetzen! Als CSU-Landesgruppe steht es für uns außer Frage, dass wir vertragstreu sind. Das gilt auch für Vorhaben, mit denen wir in einer anderen Koalition vermutlich nicht konfrontiert wären.

Zur Umsetzung unserer Vereinbarung gehört, dass wir jedes Vorhaben im Bundestag ausführlich beraten – denn wir wollen auch den Titel des Koalitionsvertrages ernst nehmen und Deutschlands Zukunft gestalten. Deshalb sehen wir bei den ersten beiden zentralen Projekten zur Energie- und Rentenpolitik noch Nachbesserungsbedarf in Detailfragen. Bei den Rentenplänen ist wichtig, dass es nicht zu einer Frühverrentungswelle kommt und bei den vom Energieminister vorgelegten Eckpunkten für eine Reform der Energiewende ist uns der Vertrauensschutz sowie der Umgang mit der Energie aus Biomasse besonders wichtig.

In den Debatten in dieser Woche standen jedoch die wesentlichen Säulen unserer Politik für die nächsten vier Jahre im Mittelpunkt. Zum Beispiel, dass wir die Haushaltsanierung, den Stabilitätskurs für die Euro-Länder oder auch eine kritisch-konstruktive Begleitung der Vorhaben in der Europäischen Union nicht als Selbstzweck betrachten, sondern als Voraussetzung dafür, ein Land der Chancen zu bleiben. Das zu sichern, ist unser Auftrag.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Radwan MdB

Neuer Auftrag



Foto: BMI

Hartmut Koschyk ist Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Bundesinnenminister de Maizière (r.) hat den Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk (l.) in sein neues Amt eingeführt und verwies auf Koschyks Erfahrungshintergrund als langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, als ehemaliger Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen sowie als früherer, langjähriger ehrenamtlicher Bundesvorsitzender des Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA) und Stiftungsratsvorsitzender der „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“.

Neues Lebensjahr



Foto: picture alliance / dpa

Geburtstagsempfang für den Landesgruppenvorsitzenden und Postminister a.D. Wolfgang Bötsch

Mit einem feierlichen Empfang hat die CSU-Landesgruppe ihren ehemaligen Vorsitzenden und Bundesminister a.D. Dr. Wolfgang Bötsch nachträglich zu dessen 75. Geburtstag geehrt. Die Festrede vor rund 90 geladenen Gästen hielt die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt. In ihrer Rede würdigte sie das Wirken von Wolfgang Bötsch, der nicht nur einer ihrer Vorgänger war, sondern auch der letzte Bundesminister für Post und Telekommunikation. Wolfgang Bötsch hatte die Privatisierung der Deutschen Bundespost vorbereitet.

Neue Stellvertreter



Foto: CSU-Landesgruppe

Marlene Mortler, Dr. h.c. Hans Michelbach und Stephan Stracke einstimmig gewählt

Die CSU-Landesgruppe hat auf ihrer Landesgruppensitzung am 27. Januar drei stellvertretende Landesgruppenvorsitzende gewählt. Die Zahl der Stellvertreter ist damit von zwei auf drei angewachsen. Grund hierfür ist die nach dem sehr guten Wahlergebnis personell mit nunmehr 56 Abgeordneten deutlich vergrößerte Landesgruppe.

Zusammen mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Max Straubinger ist damit die Spitze der Landesgruppe vollständig.

Diese Woche

- Energiewende erfolgreich voranbringen
Eckpunktebeschluss ist gute Grundlage für die EEG-Novelle 1
- Bundestags-Alphabet
Was ist eigentlich der Richterwahlausschuss? 2
- Gerda Hasselfeldt in der Debatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin
„Deutschland ist das Chancenland in Europa“ 3
- Verkehr und digitale Infrastruktur
Digitale Souveränität verteidigen 3
- Ernährung und Landwirtschaft
Stärkung des ländlichen Raums 3
- CSU-Landesgruppenvorsitzende besucht Grüne Woche in Berlin
Besonderes Augenmerk auf die Situation der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe 4
- Entwicklungszusammenarbeit
Ende von Hunger und Armut 4
- Holocaust-Gedenktag
Gedenken im Bundestag 4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Gabriele Ehrenhuber

Verantwortliche Redakteurin: Christina Harbusch
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-Alphabet

Was ist eigentlich der Richterwahlausschuss?

Hätten Sie es gewusst? Jede Woche stehen unzählige Themen auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Manche erklären sich selbst, andere sind komplizierter oder unverständlich. Um Licht in das Dunkel aus Polit-Phrasen, Verwaltungs-Deutsch und Abkürzungen zu bringen, gibt es ab sofort im Brief aus Berlin das Bundestags-Alphabet. Heute geht es um die „Wahl der Mitglieder des Ausschusses für die Wahl der Richter der Obersten Gerichtshöfe des Bundes gemäß §5 des Richterwahlgesetz (Richterwahlausschuss)“.

Gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Bundesministerium entscheidet der Richterwahlausschuss über die Besetzung der Richterposten an den Obersten Gerichtshöfen des Bundes. In geheimer Abstimmung bestimmten sie, welche Vertreter der Judikative an Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht und Bundes-



Foto: picture alliance / chromorange

sozialgericht die Hämmer schwingen dürfen. Die 32 Mitglieder des Ausschusses werden je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat berufen. Die 16 vom Bundes-

tag berufenen Mitglieder teilen sich wie folgt auf: Die CDU/CSU-Fraktion stellt 9 Mitglieder, die Fraktion der SPD 5 Mitglieder, die Fraktion Die Linke 1 Mitglied, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls 1 Mitglied.

Gerda Hasselfeldt in der Debatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

„Deutschland ist das Chancenland in Europa“

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe hat in der Generalaussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin die gute Ausgangslage betont, von der aus die Große Koalition in die Arbeit startet. Deutschland sei das Chancenland in Europa, so Gerda Hasselfeldt. Die Menschen wollten keinen Politikwechsel, sondern den Stabilitätskurs der vergangenen Jahre fortsetzen.

Der Koalitionsvertrag sei dafür eine gute Grundlage, es sei nicht selbstverständlich gewesen, dass man sich auf ein solch starkes Programm für die Menschen habe verständigen können. Über die Landesgrenzen hinweg, erläuterte Gerda Hasselfeldt in der Debatte auch die Haltung der Landesgruppe zu einer Fortentwicklung der Europäischen Union. „Wir brauchen ein starkes Europa, wenn es um Außen- und Sicherheitspolitik, um Wirtschaftskoordination oder um Währungsfragen und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geht, aber wir brauchen ein schlankes Europa wenn es um den Alltag der Bürger geht“; die EU müsse sich nicht um jeden Duschkopf in Europa kümmern.

Auszüge der Rede im Wortlaut:



Foto: screenshot Bundestagsfernsehen

„Wir brauchen ein schlankes Europa, wenn es um den Alltag der Bürger geht“, so die Landesgruppenvorsitzende, Gerda Hasselfeldt.

„Eines können wir zu Beginn dieser Legislaturperiode eindeutig feststellen: Das Feld ist sehr gut bestellt. Die Konjunktur hat wieder an Schwung gewonnen; die Steuereinnahmen

haben einen Höchststand erreicht. Es sind wieder mehr Menschen in Beschäftigung als in früheren Jahren, und sie verdienen im Durchschnitt mehr als die Menschen in der Europäischen Union. Dies macht deutlich: Deutschland ist das Chancenland in Europa. Das ist die Ausgangsposition.

Das hängt damit zusammen, dass die Menschen fleißig sind, dass wir tüchtige Unternehmer haben, dass die Tarifpartnerschaft funktioniert. Aber es hängt auch damit zusammen, dass in den vergangenen acht Jahren unter der Führung von Angela Merkel eine gute Politik für die Menschen in unserem Land gemacht wurde.“

Die gesamte Rede finden Sie unter www.csu-landesgruppe.de/chancenland-deutschland

Verkehr und digitale Infrastruktur



Foto: Henning Schacht

Digitale Souveränität verteidigen

Um Wachstum und Wohlstand in unserem Land zu sichern, müsse die Digitale Revolution mit der Ökonomie zusammengebracht werden. Es brauche eine Aufholjagd, damit die Schere zwischen Europa und den USA im digitalen Bereich nicht weiter auseinander gehe, so der neue Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt. Um eine Initialzündung zu setzen und um Deutschland an die Spitze des digitalen Fortschritts zu führen, kündigte er eine Netzallianz Digitales Deutschland an, die die großen Telekommunikations- und Netzunternehmen Deutschlands an einen Tisch versammle. „Wir müssen die digitale Souveränität Europas verteidigen – auch gegenüber anderen Ländern“, so der Minister. Darüber hinaus müsse die Kompetenz für Sicherheit im Netz zurückerarbeitet werden.

Ernährung und Landwirtschaft



Foto: Henning Schacht

Stärkung des ländlichen Raums

Eine zentrale Antwort auf die Zukunftsherausforderungen Deutschlands nannte Bundeslandwirtschaftsminister Dr. Hans-Peter Friedrich die Stärkung des ländlichen Raums.

Bei seiner ersten Rede im neuen Amt vor dem Bundestag lobte Friedrich den Unternehmergeist der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. „Landwirte sind der ökonomische Faktor im ländlichen Raum“, so Friedrich. Wenn man sich an der Ladentheke für Qualität entscheide, dann entscheide man sich meist für deutsche Produkte. Die Landwirte förderten unsere Kulturlandwirtschaft, daher müsse auch deren ökonomische Basis klar und verlässlich sein. Friedrich sprach sich an dieser Stelle für stabile Direktzahlungen über direkte Einkommensbeihilfen für Landwirte aus.

CSU-Landesgruppenvorsitzende besucht Grüne Woche in Berlin

Besonderes Augenmerk auf die Situation der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe

Bei einem gemeinsamen Rundgang mit dem neuen Bundeslandwirtschaftsminister Dr. Hans-Peter Friedrich hat sich die CSU-Landesgruppenvorsitzende auf der Internationalen Grünen Woche über aktuelle Themen der Landwirtschaft informiert. Die Grüne Woche in Berlin ist eine in ihrer Ausrichtung einzigartige internationale Ausstellung der Ernährungs- und Landwirtschaft, sowie des Gartenbaus.

Am Rande des Rundgangs über die Ausstellungsstände der Grünen Woche traf die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt unter anderem den Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, Walter Heidl, zu einem Gespräch.

Themen ihres Austauschs waren die Umsetzung der bayerischen Agrarpolitik und die besonderen landwirtschaftlichen Strukturen in Bayern. Gerda Hasselfeldt und der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes waren sich einig, dass die Politik gerade die Situation der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern im Auge behalten müsse.



Foto: picture alliance / dpa

CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich verkosten auf der Grünen Woche in Berlin Allgäuer Bergkäse

Entwicklungszusammenarbeit



Foto: Dr. Gerd Müller

Holocaust-Gedenktag



Foto: picture alliance / dpa

Ende von Hunger und Armut

Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller hat im Bundestag die Grundzüge seiner Politik für die kommenden vier Jahre vorgestellt. Dabei forderte er einen Paradigmenwechsel in der Armutsbekämpfung. „Ein Ende der Armut und des Hungers, von Krankheit und Seuchen ist möglich“, so Müller.

Um dies zu erreichen, kündigte er eine nationale „Zukunftscharta“ an, die bis Ende 2014 in einen „Eine-Welt-Kongress“ münden soll. Ziel sei, die sogenannten Millenniumsziele zur Armutsbekämpfung weiterzuentwickeln. Zusätzlich wolle der Minister die Bekämpfung des Hungers intensivieren. Im Rahmen einer Sonderinitiative werde er jährlich eine Milliarde Euro einsetzen, um in Afrika die ländliche Entwicklung voranzutreiben.

Gedenken im Bundestag

Am 27. Januar 1945 haben Soldaten der Sowjetarmee Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz befreit. Auschwitz ist seither Symbol für den Völkermord und steht für Millionen Menschen, die vom Nazi-Regime verfolgt und umgebracht wurden. An diesem Tag wird in Deutschland der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Auch der Deutsche Bundestag hat in einer Feierstunde an die Opfer erinnert. Der 95jährige russische Schriftsteller Daniil Alexandrowitsch Granin, der die Belagerung Leningrads überlebt hat, sprach in seiner Rede vor Bundesabgeordneten, Vertretern der Verfassungsorgane sowie junger Menschen aus Deutschland, Frankreich, Polen und anderen Ländern, über seine Erlebnisse als Kriegsfreiwilliger der Volkswehr in der Stadt, die heute wieder Sankt Petersburg heißt.